JURA INTENSIV

ASSEX Karteikarten ÖFFENTLICHES RECHT

Das Prüfungswissen in Karteikartenform mit länderspezifischen Formalien

Ausgangsbescheid • Widerspruchsbescheid • Urteil/ Gerichtsbescheid • Beschluss • Anwaltsklausur

VerwaltungsR AT • VerwaltungsprozessR • GrundR • StaatshaftungsR • EuropaR

VerwaltungsR BT (POR • BauR • StraßenR • u.a.)

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

ASSEX Karteikarten

Öffentliches Recht

Hier geht es zur **Inhaltsübersicht**

Hier geht es zu den **Karteikarten**

Hier geht es direkt zum **Artikel**

Klicken Sie auf die Fläche, um direkt zur Inhaltsübersicht oder zu den Leseproben zu gelangen.

Assessorkarteikarten

Öffentliches Recht

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

© Jura Intensiv Verlags UG & Co. KG

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Ausgangsbescheid

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Ausgangsbescheids

Tenor des Ausgangsbescheids:
- allg. Aufbau
- Hauptausspruch
- Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Androhung von Zwangsmitteln
- Kostenentscheidung

Begründung des Ausgangsbescheids

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Widerspruchsbescheid

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Widerspruchsbescheids

Tenor des Widerspruchsbescheids:
- Sachentscheidung
- Vollstreckbarkeit der Sachentscheidung
- Kostengrundentscheidung
- Zuziehung eines Bevollmächtigten

Begründung des Widerspruchsbescheids

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Urteil/Gerichtsbescheid

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Urteils

Tenor des Urteils:
- allg. Aufbau
- Sachausspruch (Anfechtungsklage, Verpflichtungsklage, FFK, Leistungsklage, FK, § 47 VwGO)
- Kostenentscheidung
- Vorläufige Vollstreckbarkeit

Tatbestand des Urteils

Entscheidungsgründe

Rechtsmittelbelehrung

Streitwertbeschluss

Gerichtsbescheid

Einzelrichter

Sonderfall: Übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Einseitige Erledigung

Sonderfall: Teilweise übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Prozessvergleich

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Beschluss/vorl. Rechtsschutz

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Beschlusses

Tenor des Beschlusses:
- allg. Aufbau
- Sachausspruch (§§ 80 V, 80a, 123 I VwGO)
- Kostenentscheidung
- Streitwertfestsetzung

Gründe

Rechtsmittelbelehrung

Beiladung/Einzelrichter/Erledigung/ Prozessvergleich

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Anwaltsklausur

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Aufgabenstellungen/Aufbau

Aufbau des RA-Gutachtens
- Handlungsvorschlag
- Zweckmäßigkeitserwägungen

Entwurf eines WS-Schreibens

Entwurf einer Klageschrift

Entwurf eines Antrags auf vorläufigen Rechtsschutz

Entwurf einer Klageerwiderung/Antragserwiderung

Entwurf eines Mandantenschreibens

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Verwaltungsrecht AT

Nordrhein-Westfalen

JuraIntensiv

Inhaltsübersicht

Verwaltungsakt
- Geldleistungen
- Sonderstatusverhältnis
- Aufsichtsmaßnahmen
- Mehrstufiger VA
- Allgemeinverfügung
- Bekanntgabe und Zustellung
- Nichtigkeit eines VA

Rechtmäßigkeitsprüfung eines VA
- Arten des Verwaltungshandelns
- Anhörung Beteiligter
- Heilung und Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- Beurteilungsspielraum
- Rechtsfolgen

Aufhebung von Verwaltungsakten
- Rücknahme von Verwaltungsakten
- Widerruf von Verwaltungsakten
- Spezialgesetze
- Anwendbarkeit des § 48 IV VwVfG
- Anwendbarkeit der §§ 48, 49 VwVfG neben § 15 GastG
- Aufhebung im Rechtsbehelfsverfahren

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Inhalts- und Nebenbestimmungen

Zusicherung

Unzuverlässigkeit

Gewerbebegriff

Jura Intern

Öffentliches Recht

Verwaltungsprozessrecht

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit einer Klage vor dem VG
- Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges
- Klagearten
- Klagebefugnis
- Erfolgloses Vorverfahren
- Untätigkeitsklage
- Klagegegner
- Juristische Personen
- Klagefrist

Klagearten
- Anfechtungsklage
- Gegenstand der Anfechtungsklage
- Reformatio in peius: Begründetheit
- Beurteilung der Sach- und Rechtslage
- Verpflichtungsklage
- Leistungsklage
- Vorbeugender Rechtsschutz
- Fortsetzungsfeststellungsklage
- Feststellungsklage

Klagehäufungen, notwendige Beiladung

Haupt- und Hilfsantrag

Rechtsmittel

Prüfungsschema Zulässigkeit Widerspruch

Vorläufiger Rechtsschutz

Kura Intelsi

Öffentliches Recht

Kommunalrecht

Nordrhein-Westfalen

JuraIntensiv

Inhaltsübersicht

Selbstverwaltungsgarantie

Grundbegriffe

Gemeindeorgane

Vertretung der Gemeinde

Kommunalverfassungsstreit

Bürgerbegehren

Internes Aufsichtsrecht des BM

Hausrecht

Anspruch auf Zugang zu öffentlicher Einrichtung

Ausschließungsgründe (Befangenheit)

Satzungsrecht

Wirtschaftliche Gemeindebetätigung

Kommunalaufsichtsrecht und gemeindliche Aufgaben

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Polizeirecht

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

System der Gefahrenabwehr

Maßnahme der Polizei- oder Ordnungsbehörden
- Subsidiaritätsgrundsatz
- Störereigenschaft von Hoheitsträgern
- Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit
- Öffentliche Ordnung
- Gefahrbegriffe
- Verstoß gegen StGB oder OWiG
- Verantwortlichkeit (sog. Störer)
- Inanspruchnahme von Nichtverantwortlichen (sog. Nichtstörer)
- Rechtsnachfolge in Ordnungs-/Polizeipflichten
- Probleme auf der Rechtsfolgenseite

Standardmaßnahmen

Ordnungsbehördliche Verordnung

Verwaltungsvollstreckungsverfahren
- Verwaltungsvollstreckungsarten
- Besonderheit bei „Abschleppfällen“
- Verwaltungsvollstreckungsverfahren

Spezielle abdrängende Sonderzuweisung

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Baurecht

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Bauleitplanung
- Bauleitpläne
- Bauleitplanverfahren
- Ermittlungs- und Bewertungsfehler
- Planerhaltungsvorschriften
- Plansicherungsinstrumente

Baugenehmigungsverfahren
- Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung
- Beplanter Bereich
- Befreiung - Dispens
- Unbeplanter Innenbereich
- Außenbereich
- Abgrenzung Innenbereich - Außenbereich
- Bauvorhaben während der Planaufstellung
- Gemeindliches Einvernehmen
- Veränderungssperre, Zurückstellung
- Anspruch aus Bestandsschutz

Drittschutz im Baurecht

Eingriffsbefugnisse der Bauaufsicht
- Schema Baueinstellung
- Schema Nutzungsverbot/Beseitigung
- Sonderprobleme im Rahmen des Ermessens
- Anspruch auf behördliches Einschreiten

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Grundrechte

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde

Begründetheit VB - Freiheits-GR

Begründetheit VB - Gleichheits-GR

Besonders examensrelevante Grundrechte

- Allgemeines Persönlichkeitsrecht: Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I 1 GG
- Glaubens- und Gewissensfreiheit: Art. 4 I, II GG
- Meinungsfreiheit: Art. 5 I 1 1. Fall GG
- Versammlungsfreiheit: Art. 8 GG
- Berufsfreiheit: Art. 12 GG
- Unverletzlichkeit der Wohnung: Art. 13 GG

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Staatshaftungsrecht

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Anspruchsgrundlagen im Staatshaftungsrecht:

- Amtshaftungsanspruch
- Folgenbeseitigungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch
- Schadensausgleich im Gefahrenabwehrrecht
- Enteignungsgleicher/enteignender Eingriff
- Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse

Jura Intensiv

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Straßenrecht

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Systematische Einordnung des StraßenR

Einstufung der öff. Straßen/Umstufung/ Einziehung/Straßenbaulast/Zuständigkeit

Arten der öffentlichen Sachen

Gemeingebrauch und Sondernutzung

Abgrenzung StraßenR ←→ StraßenverkehrsR

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Beamtenrecht

Nordrhein-Westfalen

JuraIntensiv

Inhaltsübersicht

Grundwissen zum Beamtenrecht

Grundbegriffe des Beamtenrechts

Rechtliche Grundlagen

Prozessuale Besonderheiten

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Ausländerrecht

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Systematik des AusländerR

Passpflicht und Aufenthaltstitel

Arten des Aufenthaltstitels

Anspruch auf Aufenthaltstitel

Beendigung des Aufenthalts

Rechtmäßigkeit einer Abschiebung

Prozessuale Besonderheiten

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Europarecht

Nordrhein-Westfalen

Jura Intensiv

Inhaltsübersicht

Grundlagen der EU

Rechtsquellen des EU-Rechts

Organe der EU

Prüfung der Grundfreiheiten

Allg. Diskriminierungsverbot

Unionsrechtl. Staatshaftungsanspruch

Jura Intensiv

Öffentliches Recht

Behörde/Rechtsträger

Nordrhein-Westfalen

JuraIntensiv

Aufbau/Formalien (1)

Skizziere den Grundaufbau eines Ausgangsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Entwurf

Ausgangsbehörde

Ort und Datum

Az.:

Zustellvermerk

Adressat

Betreff
Bezug

Sehr geehrter Herr …/ sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, ich erlasse gegen Sie/gegen Ihren Mandanten, Herrn …, folgenden

BESCHEID

1. Hauptausspruch
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO
3. Ggf. Androhung von Zwangsmitteln
4. Ggf. Kostenentscheidung

Begründung:

I.

II.

Rechtsbehelfsbelehrung
Grußformel und Unterschrift

Jura Intensiv

Jura Intensiv

Verfahrensrechtl. Teil	WS-Bescheid

Aufbau/Formalien (1)

§ 73 VwGO

Skizziere den Grundaufbau eines Widerspruchsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Benennung der erlassenden Stelle

Anschrift
Dezernat
Sachbearbeiter
Az.
Datum des Bescheides

Herrn/ Frau
(Anschrift, bei Vorlage entsprechender Vollmacht
Anschrift der Verfahrensbevollmächtigten)

Zustellungsart vermerken

Betreffzeile
Ihr Widerspruch vom
Ihr Zeichen:

Sehr geehrter…,
auf Ihren Widerspruch/ den Widerspruch Ihres Mandanten vom …. gegen den Bescheid des ….. vom …. erlasse ich folgenden

Widerspruchsbescheid

1. Sachentscheidung
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO oder § 80 IV 1 VwGO
3. Kostengrundentscheidung
4. Ggf. § 80 II VwVfG

Begründung:
I.
II.

Rechtsbehelfsbelehrung
Unterschrift

JuraIntensiv

Jura Intensiv	Verfahrensrechtl. Teil	Urteil	§ 117 VwGO
	Aufbau/Formalien (1)		

Skizziere den Grundaufbau eines Urteils.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Az.: …

Verwaltungsgericht …

Im Namen des Volkes
Urteil

In dem Verwaltungsrechtsstreit
des Herrn …, … (Adresse),

Klägers,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt …., … (Adresse), Geschäftszeichen …,

gegen

die Stadt …, vertreten durch den Bürgermeister, … (Adresse), Geschäftszeichen …,

Beklagte,

Beigeladene: Frau …, … (Adresse)
Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt …, … (Adresse)
wegen ….

hat die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts … aufgrund der mündlichen Verhandlung vom …, durch
die Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht …
den Richter am Verwaltungsgericht …
die Richterin …
den ehrenamtlichen Richter …
die ehrenamtliche Richterin …
für Recht erkannt:

Hauptsachetenor
Kostenentscheidung
Vorläufige Vollstreckbarkeit

Tatbestand
Entscheidungsgründe

Rechtsmittelbelehrung

Unterschriften

Jura Intensiv

Jura Intensiv	Verfahrensrechtl. Teil	Beschluss	§ 122 VwGO
	Aufbau/Formalien (1)		

Skizziere den Grundaufbau eines Beschlusses.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Az.: …

Verwaltungsgericht …
Beschluss

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren
des Herrn …, …(Adresse),

Antragstellers,

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt …., …(Adresse), Geschäftszeichen …
gegen
die Stadt …, vertreten durch den Bürgermeister, … (Adresse), Geschäftszeichen …

Antragsgegnerin,

beigeladen: …
Verfahrensbevollmächtigter: …, Geschäftszeichen …
wegen ….
hier: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung

hat die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts … am … durch
die Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht …
den Richter am Verwaltungsgericht ……
die Richterin
beschlossen:

1. Sachausspruch
   Kostenentscheidung
2. Streitwertfestsetzung

Gründe:
I.
II.

Unterschriften

Jura Intensiv

Jura Intensiv

Mat.-rechtlicher Teil	RA-Klausur
Aufgabenstellungen/Aufbau	

Allg. VwGO

1. **Was sind die häufigsten Varianten einer RA-Klausur?**

2. **Wie wird die rechtliche Prüfung in einer RA-Klausur aufgebaut?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. • **Gutachten** zu **bestimmten Rechtsfragen oder** zu den **Erfolgsaussichten** eines **WS**/einer **Klage**/eines Antrags auf Gewährung **vorl. Rechtsschutzes**.
   • Entwurf eines **WS-Schreibens**.
   • Entwurf einer **Klageschrift**.
   • Entwurf eines **Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes**.
   • Entwurf einer **Klageerwiderung/Antragserwiderung**.
   • Entwurf eines **Mandantenschreibens**.

2. Auch in einer **RA-Klausur** wird die **Zulässigkeit** des Rechtsbehelfs **vor** der **Begründetheit** geprüft und nicht umgekehrt. Denn die **Begründetheitsprüfung hängt von den Feststellungen in der Zulässigkeit ab**, **insbes.** von der **statthaften Klageart**. Ohne Kenntnis der statthaften Klageart ist gar nicht klar, wie die Begründetheitsprüfung aufzubauen ist.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Jura Intensiv

Mat.-rechtlicher Teil	VerwR-AT

Verwaltungsakt (1) - Definition

§ 35 S. 1 VwVfG

1. **Wo ist der Verwaltungsakt definiert?**

2. **Definiere die zentralen VA-Merkmale „Behörde, Regelung, Einzelfall, Außenwirkung“. Wovon grenzen diese Merkmale ab?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Die **Legaldefinition** des VA findet sich in **§ 35 S. 1 VwVfG.**

2a) Behörde:

Def.: ***§ 1 IV VwVfG***. **Grenzt ab** vom Rechtsträger der Behörde, der **juristischen Person** des öff. Rechts. Ferner Abgrenzung zu den **Organen** der juristischen Personen des **Privatrechts**, wie z.B. dem Vorstand.

2b) Regelung:

Def.: Rechtsverbindliche Anordnung, die auf die **Setzung** einer **Rechtsfolge** gerichtet ist, **d.h. Auferlegung einer Pflicht, Verleihung eines Rechts oder verbindliche Feststellung der Rechtslage. Grenzt ab** vom tatsächlichen Handeln/**Realakt**.

2c) Einzelfall:

Def.: Ganz bestimmter Sachverhalt (= konkret) wird für eine ganz bestimmte Person (= individuell) geregelt. Grenzt ab vom **Gesetz** (= abstrakt-generell).

2d) Außenwirkung:

Def.: Maßnahme ist **final** darauf **gerichtet, Rechtswirkungen bei einer Person** zu erzeugen, die **außerhalb** des handelnden **Verwaltungsträgers steht. Grenzt ab** vom **Rechtsreflex** und dem **Verwaltungsinternum**.

Jura Intensiv

Jura Intensiv

Mat.-rechtlicher Teil	Prozessrecht

Zulässigkeit einer Klage vor dem VG

Allg. VwGO

Stelle die einzelnen Punkte der Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage dar.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Zulässigkeit

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges
- **1. Justizfreie Hoheitsakte**
- **2. Aufdrängende Sonderzuweisungen**
- **3. Generalklausel des § 40 I 1 VwGO**
- **4. Abdrängende Sonderzuweisungen**

II. Statthafte Klageart: § 88 VwGO

III. Klagebefugnis: § 42 II VwGO

IV. Erfolgloses Vorverfahren: § 68ff. VwGO

V. Klagegegner: § 78 I Nr. 1 VwGO

VI. Klagefrist: § 74 VwGO

VII. Beteiligten- und Prozessfähigkeit: §§ 61, 62 VwGO

VIII. Evtl. allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

Jura intensiv

Jura Intensiv

Mat.-rechtlicher Teil	KommunalR

Selbstverwaltungsgarantie (1)

Art. 28 II GG

1. **Definiere den Begriff Selbstverwaltungsgarantie.**
2. **Wo finden sich die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Handelns der Gemeinde im GG und in der LVerf?**
3. **Nenne die unter die Selbstverwaltungsgarantie fallenden Gemeindehoheiten.**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Unter Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinde versteht man:

   Alle Angelegenheiten, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder einen spezifischen Bezug zu ihr haben. Dieser Bezug kann dabei historischer oder räumlicher Art sein.

2. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für das Handeln der Gemeinde finden sich sowohl in **Art. 28 II 1 GG** als auch landesspezifisch in **Art. 78 LVerf**.

3. Zu den Gemeindehoheiten zählen:

   a) **Die Organisationshoheit**
   b) **Die Personalhoheit**
   c) **Die Planungshoheit**
   d) **Die Finanzhoheit**
   e) **Die Satzungshoheit**
   f) **Die Kulturhoheit**
   g) **Die Gebietshoheit**
   h) **Die Daseinsvorsorge** *(=Auffanghoheit)*

Jura Intensiv

System der Gefahrenabwehr (1)

1. **Welche Behörden handeln im Bereich der Gefahrenabwehr und welches Organisationsprinzip verbirgt sich dahinter?**

2. **Was sind die wesentlichen rechtlichen Grundlagen der handelnden Behörden?**

3. **Dürfen Ordnungsbehörden auch nach dem Polizeigesetz handeln oder die Polizei nach dem Ordnungsbehördengesetz?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Im Bereich der Gefahrenabwehr handeln zum einen die **Polizeibehörden** und zum anderen die **Ordnungsbehörden**. Beide Behörden handeln nach ihren eigenen gesetzlichen Grundlagen und verfügen über ihren eigenen Behördenapparat und Verwaltungsaufbau. Dahinter verbirgt sich das sogenannte **Trennungsprinzip**, d.h. beide Behörden stehen völlig unabhängig nebeneinander.

2. Die Polizeibehörden handeln soweit einschlägig vorrangig nach Spezialgesetzen (z.B. VersG NRW, WaffenG). Der **Aufbau** der Polizeibehörden ergibt sich aus dem **POG**. Die **rechtlichen Grundlagen für das Handeln** der Polizeibehörden ergeben sich aus dem **PolG**. Die Ordnungsbehörden werden unterteilt in **allgemeine Ordnungsbehörden**, sie handeln nach dem **OBG**, und **Sonderordnungsbehörden**, die nach **speziellen Gesetzen** handeln.

3. Eine **Übertragung** von gesetzlichen Grundlagen und Kompetenzen der einen Behörde auf die jeweils andere ist **aufgrund des Trennungsprinzips ausgeschlossen**. Eine **Ausnahme** gilt nur, soweit Normen **ausdrücklich für anwendbar erklärt werden**. Gem. **§ 67 PolG** gelten die Regeln über Entschädigung gem. §§ 39-43 OBG auch für die Polizei.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv	Mat.-rechtlicher Teil	BauR	§§ 1ff. BauGB
	Bauleitpläne		

1. **Was sind die Bauleitpläne? Wodurch unterscheiden sie sich?**

2. **Welche Rechtsnatur haben die Bauleitpläne? Wie können sie gerichtlich überprüft werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Bauleitpläne sind gem. **§ 1 II BauGB** der **Flächennutzungsplan (F-Plan)** und der **Bebauungsplan (B-Plan)**.
   Der **F-Plan** ist der **vorbereitende Bauleitplan**, er legt die **Grundzüge der gemeindlichen Planung** fest, § 5 I 1 BauGB. **Pro Gemeinde** gibt es **nur einen F-Plan**, damit die Gemeinde stets einen Gesamtüberblick über die Bebauung in ihrem Gebiet hat. Entsprechend „grob" sind die Darstellungen im F-Plan.
   Der **B-Plan** ist der **verbindliche Bauleitplan**, er **setzt** die Vorgaben des **F-Plans in konkrete Festsetzungen um** und ist **aus** dem **F-Plan zu entwickeln**, § 8 II 1 BauGB (sog. **Entwicklungsgebot**). **I.d.R.** gibt es pro Gemeinde **mehrere B-Pläne**.

2. Der **F-Plan** ist nach h.M. ein **Rechtsakt sui generis**, weil er als vorbereitender Bauleitplan **grds. nur nach innen wirkt**. Er kann daher **grds. auch nicht direkt angegriffen** werden. Eine Überprüfung ist **nur indirekt** möglich, **indem der B-Plan** mit dem **Argument angegriffen** wird, der **zugrunde liegende F-Plan sei fehlerhaft** und damit unwirksam.
   Eine **Ausnahme** gilt für **diejenigen Darstellungen** des F-Plans, die **kraft Gesetzes Außenwirkung** haben, insbes. **§ 35 III 3 BauGB**. Sie (aber **auch nur diese Darstellungen**) können unmittelbar angegriffen werden, nach **h.M. analog § 47 I Nr. 1 VwGO**.
   Der **B-Plan** ist gem. **§ 10 BauGB** eine **Satzung** und kann gem. **§ 47 I Nr. 1 VwGO** mit der Normenkontrolle überprüft werden.

Jura Intensiv

Mat.-rechtlicher Teil	Grundrechte

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde

Art. 94 I Nr. 4a GG

Nenne die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde (VB).

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde: Art. 94 I Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG

I. Zuständigkeit des BVerfG: Abgrenzung zum Landesverfassungsgericht
Beachte: Das Landesverfassungsgericht ist in NRW der VerfGH mit Sitz in Münster.

II. Beschwerdefähigkeit/Beteiligtenfähigkeit/Grundrechtsfähigkeit
Def.: Jedermann, der Träger von Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten sein kann.

III. Prozessfähigkeit/Grundrechtsmündigkeit:
Def.: Fähigkeit, Prozesshandlungen selbst oder durch einen selbst bestimmten Vertreter vorzunehmen.
Beachte: Abzustellen ist dabei auf die individuelle **Einsichtsfähigkeit** des Beschwerdeführers.

IV. Beschwerdegegenstand: Jeder Akt der öffentlichen Gewalt.

V. Beschwerdebefugnis:
1. Substantiierte Behauptung des Beschwerdeführers, durch den Akt der öffentlichen Gewalt in einem seiner Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte verletzt zu sein.
2. Selbst, gegenwärtig und unmittelbar betroffen.

VI. Rechtswegerschöpfung/Subsidiarität: Beschwerdeführer muss alle prozessualen Möglichkeiten zur Beseitigung der Grundrechtsverletzung in Anspruch genommen haben. Insbesondere darf er keinen zulässigen Rechtsbehelf versäumt haben.

VII. Form und Frist: §§ 23 I 1, 92, 93 I, III BVerfGG.

JURA Intensiv

Anspruchsgrundlagen Staatshaftungsrecht

Welche Anspruchsgrundlagen kommen im Staatshaftungsrecht insbesondere in Betracht?

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. **Amtshaftungsanspruch:** *Art. 34 S. 1 GG i.V.m. § 839 I 1 BGB*

2. **Folgenbeseitigungsanspruch/ öff.-rechtlicher Unterlassungsanspruch/ öff.-rechtlicher Erstattungsanspruch**

3. **§ 39 OBG:** Gefahrenabwehrrecht

4. **Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff/Anspruch aus Aufopferung und aufopferungsgleicher Eingriff**

5. **Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse** *(analoge Anwendung des BGB-Schuldrechts)*

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Systematische Einordnung des StraßenR

1. **Zu welchem übergeordneten Rechtsbereich gehört das Straßenrecht?**

2. **Definiere die Voraussetzungen für die Eröffnung dieses Rechtsbereichs.**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Das **StraßenR** gehört zum **Recht der öffentlichen Sachen**. Das sind **Regelungen bzgl. Sachen**, die durch ihren **Gebrauch öffentlichen Zwecken** dienen.

2. **Voraussetzung** für die Eröffnung des Anwendungsbereichs des Rechts der öffentlichen Sachen ist, dass **eine öffentliche Sache vorliegt**. Das **setzt wiederum voraus**:
   - **Widmung**
     = **Rechtsakt**, durch den eine Sache zu einer öffentlichen Sache erklärt und ihre **öffentliche Zweckbindung festgelegt** wird.
     Die Widmung erfolgt **häufig per dinglichem VA** gem. **§ 35 S. 2 2. Fall VwVfG**.
     Soweit gesetzlich nicht eine ausdrückliche Widmung vorgesehen ist, kann sie auch konkludent erfolgen.
   - **Indienststellung**
     = **tatsächliche, offizielle Nutzung** der Sache.

   Die Indienststellung ist ein **Realakt**. **Solange** sie **nicht erfolgt** ist, ist eine bereits erfolgte **Widmung schwebend unwirksam**.

Raum für eigene Anmerkungen:

Grundwissen zum BeamtenR

1. **Was ist kennzeichnend für einen Beamten? Wie unterscheidet er sich vom Richter?**

2. **Was ist der öffentliche Dienst?**

3. **Wie unterscheidet sich ein Beamter von einem Angestellten im öffentlichen Dienst?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Für einen Beamten sind **folgende Merkmale kennzeichnend**:
   - **beschäftigt** bei einer **jur. Person des öff. Rechts**
   - steht in einem **öff.-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis**
   - ist **dauerhaft** mit der **Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben** betraut.

   Abgrenzung zum **Richter**. Der **Richter ist** im Gegensatz zum Beamten **weisungsunabhängig**, hat **ansonsten** aber eine **beamtenähnliche Stellung**.

2. Zum **öff. Dienst** gehören **alle Personen**, die **bei** einer **jur. Person des öff. Rechts beschäftigt** sind.

3. Ein **Angestellter** steht im Gegensatz zum Beamten **nicht** in einem **öff.-rechtlichen Dienstverhältnis**, **sondern** hat einen **zivilrechtlichen Arbeitsvertrag** mit einer jur. Person des öff. Rechts. Er **wird** folglich auch **nicht** nach den Besoldungstabellen **besoldet**, sondern nach einem **Tarifvertrag** bezahlt.

Jura Intensiv

Raum für eigene Anmerkungen:

Systematik des AusländerR

1. **In welchen Gesetzen ist das Ausländerrecht im Wesentlichen geregelt?**

2. **In welchem Verhältnis stehen die Gesetze zueinander?**

3. **Wie kann das allgemeinere Gesetz grds. unterteilt werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Das **AusländerR** ist im AufenthG und im FreizügG/EU geregelt.

2. Das **FreizügG/EU** ist **lex specialis**, **§ 1 II Nr. 1 AufenthG**. Es regelt Einreise und Aufenthalt von **EU-Bürgern und ihren Familienangehörigen**. Diese stehen unter einem besonderen europarechtlichen Schutz, **vgl. Art. 21 AEU**.
   § 11 I FreizügG/EU regelt, welche Bestimmungen des AufenthG auf EU-Bürger entsprechend anzuwenden sind.

3. Das **AufenthG** als das **allgemeinere Gesetz** lässt sich in **2 große Bereiche** unterteilen: **§§ 1-49b AufenthG** befassen sich primär mit **Einreise und Aufenthalt** im Bundesgebiet. **§§ 50-70 AufenthG** normieren die **Beendigung des Aufenthalts**. **Daneben** gibt es noch **Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften** in **§§ 71-74, §§77-85 AufenthG**.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. **Worauf basiert die Europäische Union?**
2. **Was stellt die EU nach dem Vertrag von Lissabon dar? Von was ist die EU abzugrenzen?**
3. **Ist die EU rechtsfähig bzw. völkerrechtsfähig?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Juraintensiv

1. Die **Basis** der Europäischen Union stellen **der EU-Vertrag sowie der AEU-Vertrag** (=*Vertrag über die Arbeitsweise der EU)* dar.
   Dabei enthält der **EU-Vertrag die Grundlagenbestimmungen**, der **AEU-Vertrag demgegenüber die Detailregelungen**.

2. Die EU ist laut **Art. 1 III 3 EUV Rechtsnachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft (EG),** die damit untergegangen ist. Damit stellt die EU - wie die EG früher - heute eine **supranationale Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit** *(BVerfG: Staatenverbund)* dar. Dies bezeichnet eine **internationale Organisation, welche unabhängig von der Willensbildung in den Mitgliedsstaaten in bestimmten Bereichen für diese verbindliche Rechtsregeln erlassen kann.**

   Einen **Staat** stellt die **EU** **nicht** dar, da ihr die **Kompetenz-Kompetenz fehlt** (= Befugnis, sich selbst neue Zuständigkeiten zu schaffen, vgl. Art. 5 I, II EUV).
   Eine **reine internationale Organisation** liegt **ebenfalls nicht** vor, da das **EU-Recht zum Teil unmittelbar innerstaatlich gilt** und Vorrang vor dem nationalen Recht haben.

3. Die **EU** besitzt laut **Art. 335 AEUV eigene Rechtspersönlichkeit.** Ferner besitzt die **EU** auch **partielle Völkerrechtsfähigkeit,** d.h. sie darf im Rahmen der ihr übertragenen Kompetenzen völkerrechtliche Abkommen schließen, **Art. 47 EUV i.V.m. Art. 218 AEUV.**

Jura Intensiv

Mat.-rechtlicher Teil	Allg. LandesR

Behörde und Rechtsträger

GO/ KrO/ PolG/ OBG/ BauO

Nenne die examensrelevantesten Behörden in NRW und ihren Rechtsträger.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Behörde	**Rechtsträger**
Gemeindeverw./Stadtverw. (BM/OB)	Gemeinde/Stadt
Kreisverw. (Landrat)	Landkreis
Landrat als untere staatl. Verw.-Behörde (insbes. § 120 I GO)	Land (**Organleihe**, § 59 I KrO)
Bezirksregierungen	Land
Polizei	Land
Landesminister	Land

Jura Intensiv

JURA INTENSIV



ASSEX Karteikarten ÖFFENTLICHES RECHT NRW

Das Prüfungswissen in Karteikartenform

Hier geht's zum Shop!